Regierungsratsbeschluss

vom 23. Juni 2008

Nr. 2008/1145

Behinderung: Verselbständigung und definitive Überführung der kantonalen Behindertendienste KBDS (Wohnheim und Beschäftigungsstätte Wyssestei) in die privatrechtliche Solodaris Stiftung auf den 1. 7. 2008

---

1. Erwägungen

Kurzbeschreibung KBDS

Der Kanton führt unter dem zusammenfassenden Titel der kantonalen Behindertendienste KBDS das Behindertenwohnheim und die Beschäftigungsstätte „Wyssestei“ in Solothurn als unselbständige Anstalten des öffentlichen Rechts. Die kantonalen Behindertendienste KBDS sind dem Amt für soziale Sicherheit (ASO) des Departementes des Innern unterstellt. Die Stellung der KBDS, ihre Organisation sowie die Führungsinstrumente und die Führungs- und Aufsichtsaufgaben des ASO wurden in der Verordnung über die Organisation der kantonalen Behindertendienste vom 13. Januar 1997 (GS 94,8; BGS 837.41) geregelt.

Entstehungsgeschichte

Gestützt auf das Psychatriekonzept, welches das Ziel verfolgte, aus einer ehemals geschlossenen Anstalt ein offenes therapeutisches Zentrum zu schaffen, entstanden die KBDS durch die Ausgliederung des Behindertenbereichs aus den kantonalen psychiatrischen Diensten des Kantons Solothurn PDKS. Damit konnte sowohl die gewünschte Entflechtung realisiert als auch den Auflagen des Bundesamtes für Sozialversicherungen BSV entsprochen werden. Die Entflechtung ist heute auf konzeptueller und inhaltlicher Ebene vollständig vollzogen. Die Erbringung einzelner Dienstleistungen ist durch Verträge geregelt. Die Ausgliederung von Wohnheim und Beschäftigungsstätte und deren Umgestaltung in eine offene Einrichtung machten eine bauliche Erneuerung erforderlich. Die Gesamtanierung erfolgte in zwei Etappen und wurde vom Bund (IV-Gesetzgebung), dem Kanton (Spitalaufonds und Heimgesetzgebung) sowie den Einwohnergemeinden (Heimgesetzgebung) finanziert.

Rahmenbedingungen: Kantonsverfassung, Leitbild Behinderung, Neuer Finanzausgleich Bund-Kantone (NFA), Sozialgesetz

Nach Art. 101 Abs. 1 der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986 (KV; BGS 111.1) führt der Kanton allein oder mit andern Trägern Spitäler und Heime. Alle privaten und öffentlichen Spitäler und Heime stehen unter der Aufsicht des Kantons (Art. 101 Abs. 3 KV). Mit RRB Nr. 2004/237 vom 26. Januar 2004 wurde beschlossen, ein Leitbild und Handlungskonzept für Menschen mit Behinderungen zu erarbeiten, dem öffentlichen Vernehmlassungsverfahren zu unterstellen und vom Regierungsrat beschliessen zu lassen. Mit RRB Nr. 2004/1910 vom 14. September wurde das Leitbild 2004 für Menschen mit Behinderungen für die kantonale Verwaltung als verbindlich be-

schlossen und vom Handlungskonzept 2004 einschliesslich der Strukturen und Finanzierung Kenntnis genommen. Das Leitbild führt unter dem Kapitel „Steuerungs- und Finanzierungssystem“ (S. 31) aus, dass der Kanton, um Rollenkonflikte insbesondere bei der Finanzierung zu vermeiden, grundsätzlich keine eigenen Institutionen führt. Diese klare strategische Ausrichtung wurde durch die anvisierte Aufgabenteilung Bund-Kantone (NFA) im Bereich Behinderung noch verstärkt. Die NFA sah nämlich u.a. vor, die Bedarfsplanung und die bisherigen Kollektivleistungen des Bundes (Bau- und Betriebsbeiträge an Institutionen) an die Kantone zu übertragen, womit die Steuerungsfunktion der Kantone im Behinderungsbereich im allgemeinen und deren finanzielle Kompetenzen im besonderen an Bedeutung gewinnen würden. Die erhöhten finanziellen Kompetenzen würden unweigerlich auch zu einer Erhöhung des Interessenkonfliktes bei der Führung eines eigenen Heimes mit Werkstatt durch den Kanton führen. Schliesslich kam hinzu, dass die Aufgabenreform soziale Sicherheit den Behinderungsbereich als kantonales Leistungsfeld definierte und damit die Einwohnergemeinden von ihrer bisherigen finanziellen Beteiligung in diesem Bereich befreite. Das im Anschluss an die Aufgabenreform soziale Sicherheit lancierte Gesetzgebungsprojekt „Sozialgesetz“ sah bereits in den ersten Entwürfen vor, Bewilligung und Aufsicht des Kantons neu zu regeln und die Finanzierung auf der Basis einer Vollkostenrechnung auf die Subjektfinanzierung umzustellen. Die Vorarbeiten zum Sozialgesetz verstärkten die Erkenntnis, dass der Kanton zur Wahrung der Gleichbehandlung aller Institutionen im Behinderungsbereich und zur Vermeidung von Interessenkonflikten sowohl bei der Finanzierung als auch bei der Bewilligung und Aufsicht künftig auf die Führung eigener Heime verzichten müsse.

Auftrag zur Überführung der KBDS in eigenständige Trägerschaft

Bereits mit RRB Nr. 548 vom 14. März 2000 wurde eine Verselbständigung der kantonalen Behindertendienste KBDS geprüft. Das Vorhaben wurde mit RRB 1593 vom 20. August 2002 u.a. mit der Begründung sistiert, die Ausgestaltung und das Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichs Bund-Kantone (NFA) seien in das Verselbständigungsprojekt mit einzubeziehen. Mit RRB Nr. 2004/1112 vom 25. Mai 2004 wurde beschlossen, das Projekt „Überführung von Wohnheim und Beschäftigungsstätte Wyssstei in eine eigenständige Trägerschaft und Anpassung der betrieblichen Organisation“ wieder aufzunehmen. Gleichzeitig wurden eine externe Beratungsfirma mit der Projektumsetzung beauftragt, ein Kostendach bewilligt, eine interdisziplinäre Projektgruppe eingesetzt und dieser der Auftrag erteilt, die Mitarbeitenden der KBDS periodisch über den Stand der Umsetzung zu informieren. Zum Gesamtprojekt wurden folgende Zielsetzungen formuliert:

- Die Trägerschaft der KBDS soll neu gegründet werden. Hinsichtlich der Rechtsform, der personellen Zusammensetzung und des Herkommens des Eigenkapitals der neuen Trägerschaft bestehen noch keine näheren Vorstellungen / keine Vorgaben.
Eine Angliederung an eine bestehende Trägerschaft soll weiterhin möglich sein, allerdings wurden die diesbezüglichen Möglichkeiten bereits zu einem früheren Zeitpunkt geprüft und verworfen.
- Wohnheim und Beschäftigungsstätte sollen einer gemeinsamen Betriebsleitung unterstellt werden. Diese Funktion ist neu zu besetzen, da der Direktor PDKS von der Führungsaufgabe KBDS in Personalunion entbunden werden soll.
- Die betrieblichen Synergien mit der PDKS sollen weitergeführt und optimal ausgeschöpft werden.
- Im Zusammenhang mit der Bildung einer neuen Trägerschaft und einer eigenständigen Betriebsführung ist auch zu prüfen, ob, und wenn ja, welche anderen Strukturen des Behindertenbereichs

ches (Tagesstrukturen, weitere) der neuen Trägerschaft und Betriebsführung angegliedert werden können.

- Hinsichtlich der Synergien ist auch zu prüfen, ob, und wenn ja, in welcher Form ein präferenztieller Zugang der PDKS für die Ausgliederung von Patienten mit psychischen Behinderungen in die KBDS realisiert werden soll.
- Die Bauten bleiben im Eigentum des Kantons. Dieser stellt sie der neuen Trägerschaft in geeigneter Form zur Verfügung

Gestützt auf den Bericht der Projektgruppe vom 17. September 2004 und das anschliessende Auswahlverfahren erging mit RRB Nr. 2005/1442 vom 4. Juli 2005 folgender Beschluss als erster Schritt:

- Der Solodaris Verein, Solothurn wird per 1. Januar.2006 mit der Leitung der KBDS (Direktion und Verwaltung) beauftragt.
- Die Ausgestaltung ist in einer Leistungsvereinbarung zu regeln, die vom Regierungsrat zu genehmigen ist.
- Um das Projekt "Verselbständigung KBDS und Integration KBDS-Solodaris" zu vollziehen, wird eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Zur Projektbegleitung wird die Firma "Der Coach", Zürich, beauftragt.
- Der Kanton beteiligt sich mit Fr. 20'000.- an den externen Projektkosten. Die Rechnungsstellung erfolgt monatlich aufgrund des effektiv geleisteten Aufwandes. Der erforderliche Betrag ist dem Konto 310090/3325 "Sachaufwand" zu belasten.
- Die Verselbständigung der KBDS ist per 1. Januar 2008 anzustreben. Der Solodaris Verein hat das Umsetzungskonzept, einschliesslich der allfällig rechtlichen Grundlagen bis 31. Dezember 2006 vorzulegen.
- Der Vorstand von Solodaris ist entsprechend den Erwägungen bis 30. Juni 2006 zu erweitern. Das Präsidium ist per 1. Januar 2006 zu erneuern.
- Die Mitarbeitenden der KBDS und die Bewohner und Bewohnerinnen oder deren gesetzliche Vertretung werden von den beteiligten Parteien gemeinsam schriftlich oder mündlich informiert.

Leistungsvertrag mit dem Solodaris Verein

Mit RRB Nr. 2006/1263 vom 4. Juli 2006 wurde der Leistungsvertrag zwischen dem Kanton Solothurn, vertreten durch das Departement des Innern, Amt für soziale Sicherheit, als Auftraggeber und dem Solodaris Verein als Auftragnehmer genehmigt. Der Auftragnehmer verpflichtete sich darin, **die Leitung der KBDS** im Bereich Direktion und Verwaltung, insbesondere die Geschäftsführung, Personaldienst, Rechnungswesen und Controlling per 1. 1. 2006 zu übernehmen. Das Personal unterstand weiterhin dem Personalrecht des Kantons Solothurn. Die definitive Lösung hatte den Übergang des Personals in den Verantwortungsbereich des Vereins zu klären. Dabei war insbesondere auch die Personalvorsorge zu prüfen. Im Gegenzug verpflichtete sich der Auftraggeber, die Finanzierung bis

zur definitiven Verselbständigung der KBDS auf der Basis des eingereichten Budgets sicherzustellen. Das bestehende Staatskontokorrent wurde während der Übergangszeit weitergeführt. Mit der Umsetzung des NFA wird dieses Konto ausgeglichen und kann aufgehoben werden (Der Kontokorrent ist aus diesem Grund noch bis 31.12.2008 weiterzuführen. Der Leistungsvertrag wurde auf den 1. 1. 2006 für die Dauer von zwei Jahren in Kraft gesetzt, mit der Option der Verlängerung bis zur definitiven Einführung des Neuen Finanzausgleichs bzw. der Überführung in die Verselbständigung. Gleichzeitig wurden folgende als Anhänge A bis G erarbeiteten, separaten Vereinbarungen genehmigt:

- Verrechnungsvereinbarung PDKS und Wohnheim Wyssstei vom 19. 5. 2005;
- Verrechnungsvereinbarung PDKS und Beschäftigungsstätte Wyssstei vom 19. 5. 2005;
- Verordnung über die Organisation der kant. Behindertendienste;
- Mietvertrag mit der Solothurner Spitäler AG; Gärtnerei vom 11. 5. 2001;
- Dienstleistungsvereinbarung KBDS und Informatik-Abteilung der Solothurner Spitäler AG IAS,
- Protokoll der ausserordentlichen Vorstandssitzung des Solodaris Vereins vom 21. 3. 2005.

Umsetzungskonzept zur Verselbständigung KBDS

Mit Schreiben vom 30. November 2006 legte der Solodaris Verein dem Departement des Innern das Umsetzungskonzept vor, bestehend aus Projektplan, Projektaufträge, Leitbild, Strategie, Budget 2007, Anschlussvertrag mit Pensionskasse, Organigramme 2007 und 2008, Solodaris-Kurzinformationen, RRB's, Verschiedenes. Mit Besprechung vom 1. 2. 2007 erteilte der Vorsteher des Departementes des Innern grünes Licht für die Umsetzung des eingereichten Konzeptes (Aktennotiz vom 7. 2. 2007). Die neue strategische Ausrichtung, die das Wohnheim und die Beschäftigungsstätte Wysssestei als Kompetenzzentrum für erwachsene Menschen mit einer psychischen Behinderung im Kanton Solothurn definiert, führte insbesondere dazu, die Führung der bisherigen Aussenwohngruppe Ambassador mit Zustimmung des Kantons an eine andere Institution zu übertragen (RRB Nr. 2006/2242 vom 12. Dezember 2006). In der Folge erteilte die interdisziplinäre Steuergruppe insgesamt rund 37 kleinere und grössere Projektaufträge, welche in einem Projektplan aufgelistet und grob wie folgt unterteilt wurden: Leistungsvereinbarung mit Kanton, Betriebsanalyse, Leitungsfunktion, Infrastruktur, Personelles, Finanzen, Informationsmanagement, Projektmanagement, Organisation, Allgemein. Während die Projektplanung in den meisten Punkten vorbildlich eingehalten werden konnte, bedingten Fragestellungen im Bereich Personal, Pensionskasse und Mietzins vertiefte Abklärungen auch auf interdepartementaler Ebene, so dass die definitive Verselbständigung der KBDS neu auf den 1. 7. 2008 terminiert werden musste. Die offenen Fragen konnten zwischenzeitlich ebenfalls zufriedenstellend gelöst werden.

Konkrete Umsetzung – die wichtigsten Eckdaten

Leitbild, Strategie, Konzept: Das Wohnheim und die Beschäftigungsstätte Wysssestei wurden neu als Kompetenzzentrum für erwachsene Menschen mit einer psychischen Behinderung positioniert. Mit vielfältigen und durchlässigen Angeboten im Bereich Wohnen, Arbeit und Freizeit soll den Fähigkeiten der betroffenen Menschen Rechnung getragen werden und ihre individuelle Entwicklung gefördert werden. Grundlage für die Begleitung, Betreuung und Förderung von psychisch behinderten Menschen bilden die Fachkompetenz der Mitarbeitenden, ein psychiatrischer Konsiliar- und Liaisondienst sowie Präsenz in der Öffentlichkeit als Beitrag zur Entstigmatisierung der Menschen mit einer psychischen Behinderung. Die erarbeiteten Grundlagen, wie namentlich Strategie, Leitbild und Konzepte wurden laufend in den Betrieb und in die Arbeit mit den zu betreuenden Menschen integriert. Der Integrationsprozess führte für die zu betreuenden Menschen und ihre Angehörigen dank guter Kommunikation weder zu Verunsicherung noch gar zu Kündigungen. Gestützt auf die erfolgte Neuausrichtung und im Rahmen der NFA-Umsetzung wurden zwischen dem Departement des Innern und dem Solodaris Verein entsprechende Leistungsvereinbarungen für die Beschäftigungsstätte und das Wohnheim Wysssestei für die Jahre 2008 – 2011 abgeschlossen.

Trägerschaft: Gestützt auf das vom Solodaris Verein eingeholte Rechtsgutachten über die adäquate Rechtsform der künftigen Trägerschaft wählte der Solodaris Verein die Rechtsform der privatrechtlichen Stiftung. An der Generalversammlung vom 27. November 2007 beschloss der Solodaris Verein, unter dem Namen Solodaris Stiftung eine Stiftung zu gründen, deren Statuten die Verfolgung gleicher oder ähnlicher Zwecke wie der Solodaris Verein vorsieht. Mit öffentlicher Urkunde vom 21. April 2008 wurde die Solodaris Stiftung mit Sitz in Solothurn errichtet. Die Stiftung wurde am 23. April 2008 in das kantonale Handelsregister in Klus-Balsthal eingetragen. Die Aufsicht über die Solodaris Stiftung wird durch das Amt für Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht des Volkswirtschaftsdeparte-

menten ausgeübt, wobei die fachspezifischen Belange nach Sozialgesetz durch das Amt für Soziale Sicherheit ASO überprüft werden (Verfügung des Amtes für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht vom 9. Mai 2008).

Organisation: Im Hinblick auf die ursprünglich terminierte Verselbständigung der KBDS auf den 1. 1. 2008, wurde die Verordnung über die Organisation der kantonalen Behindertendienste vom 13. Januar 1997 (GS 94,8) mit § 97 lit. q der Schlussbestimmungen der Sozialverordnung vom 29. Oktober 2007 (SV, BGS 831.2) bereits aufgehoben. Die Aufhebung der Verordnung über die Organisation der kantonalen Behindertendienste trat auf den 1. 1. 2008 in Kraft. Organisation, Führung und Organigramme von Wohnheim und Beschäftigungsstätte Wyssstei wurden der Neuausrichtung gemäss Strategie, Leitbild und Konzepten angepasst und fallen nunmehr in die Zuständigkeit der Trägerschaft.

Betrieb: Für die betrieblichen Dienstleistungen im Bereich Infrastruktur wurden Verträge mit der Solothurner Spitäler AG abgeschlossen (Wäscheaufbereitung, technische Dienste, Energieversorgung, Telefonie/EDV, Technik und Sicherheit, Kehrichtentsorgung, Mahlzeiten).

Personal: Die allgemeinen, nunmehr privatrechtlichen Anstellungsbedingungen wurden am 27. November 2007 vom Vorstand des Solodaris Vereins verabschiedet und genehmigt. Die GAV-Kommission nahm an der Sitzung vom 19. Februar 2008 von den Anstellungsbedingungen und der Regelung des Versicherungsschutzes zustimmend Kenntnis. Die sorgfältige Information und der laufende Einbezug des Personals in die Überführung der Einrichtung in eine privatrechtliche Trägerschaft und damit zu einer privatrechtlichen Arbeitgeberin aber auch die Identifikation des Personals mit der Institution führten dazu, dass der weitaus grösste Teil der Arbeitnehmenden die neuen Arbeitsverträge unterzeichneten. Die dem Kanton aus der Nichtunterzeichnung der neuen Anstellungsverträge durch drei Mitarbeitende verbleibenden Folgekosten sollen gestützt auf die Berechnungen des Personalamtes bei der Übergabebilanz per 30.06.2008 berücksichtigt werden. Gleichzeitig sind auch die Leistungsboni des Personals für die Periode Januar 08 bis Juni 08 sowie die Überstunden des Personals mit einzubeziehen.

Anschlussvertrag mit Pensionskasse: An ihrer Sitzung vom 3. 12. 2007 fällte die Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse PKS auf Antrag des Vorstehers des Departementes des Innern den Grundsatzentscheid, dass das Personal der kantonalen Behindertendienste auch nach der Verselbständigung bei der PKS versichert bleibt und dass dabei keine Teilliquidation ausgelöst wird. Nach Bereinigung des von der PKS unterbreiteten Entwurfs des Anschlussvertrages, insbesondere nach der schriftlichen Zusicherung, dass die Kündigung des Vertrages durch die Kasse nur dann eine Teilliquidation auslöst, wenn das Teilliquidationsreglement dies vorsieht (wiederholte Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen der Stiftung trotz Mahnung) stimmte der Vorstand der Solodaris Stiftung dem Entwurf am 29. April 2008 einstimmig zu. Der Vertrag wurde am 6. Juni 2008 unterzeichnet und tritt am 1. 7. 2008 in Kraft.

Mietzins: Anlässlich der Verhandlungen mit dem Hochbauamt konnten der Liegenschaftsperimeter, die Nutzungsflächen und der künftige Mietzins unter Berücksichtigung der geleisteten Subventionen festgelegt werden. Weitere Modalitäten wie Mobilien und universelle Kommunikationsverkabelung wurden mit einer entsprechenden Abgrenzungsliste geklärt. Der Mietvertrag wird mit einer separaten Vorlage ebenfalls vom Regierungsrat zu genehmigen sein. Die voraussichtlichen Mietkosten betragen jährlich 450'000.- bis 460'000 Franken.

Finanzen: Die Aktiven und Passiven des Wohnheimes und der Beschäftigungsstätte werden zu Nominalwerten an die Stiftung Solodaris übergeben. Massgebend sind die Bilanzwerte gemäss Halbjahresabschluss per 30.6.2008. Die Liegenschaften bleiben im Eigentum des Kantons. Die in den Bilanzen ausgewiesenen Baukosten für die Gärtnerei, das Gewächshaus und den Pferdestall sowie die Mobilien und Betriebseinrichtungen werden zu Restbuchwerten per 30.6.2008 an die Stiftung übertragen. Die entsprechende Gutschrift erfolgt über die Kontokorrentkonti des Wohnheims und der Beschäftigungsstätte. Da weder das Wohnheim noch die Beschäftigungsstätte über ein Eigenkapital verfügen, ergibt sich keine Übertragung von Eigenkapital an die Stiftung. Die Übergabebilanz bzw. der Abschluss per 30. 6. 2008 wird durch die kantonale Finanzkontrolle geprüft werden. Da diese Abschlüsse zwangsläufig noch ausstehen und zudem noch allfällige Nachzahlungen des BSV für die Jahre 2006 und 2007 zu erwarten sind, soll das Staatskontokorrent bis 31.12.2008 weitergeführt werden. Die Solodaris Stiftung wird ermächtigt, mit dem Staatskontokorrent weiterhin arbeiten zu dürfen. Das ASO und das AFIN werden ermächtigt, gestützt auf die Übergabebilanz, und den Abschluss per 30. 6. 2008 sowie die Schlusszahlungen des BSV die entsprechenden Bereinigungen und Abgrenzungen vorzunehmen und zu gegebener Zeit das Staatskontokorrent aufzulösen.

Für allfällig dem Kanton verbleibende Kosten (einschliesslich mögliche Personalfolgekosten) ist eine Summe von Fr. 500'000.- im Voranschlag 2008 unter Kostenart Nr. 365000 - Auftrag 20358 reserviert. Die definitive Jahresrechnung 2007, die Halbjahresrechnung per 30.06.2008 und die Schlussabrechnung 2008 werden nach der Revision durch die Finanzkontrolle mit einer separaten Vorlage vom Regierungsrat zu genehmigen sein.

Gesamtwürdigung und Inkrafttreten: Alle Grundlagen wurden sorgfältig, vollständig, termingerecht und sozialverträglich erarbeitet und ausgestaltet. Sämtliche Voraussetzungen für eine Verselbständigung können als erfüllt qualifiziert werden. Die Trägerschaft bewies Willen und Beharrlichkeit zu Innovation und „mehr Wettbewerb“. Sie bietet Gewähr für eine erfolversprechende Zukunft der Institution Wohnheim und Wärschstatt Wysssestei und für eine fachgerechte Förderung, Begleitung und Betreuung von erwachsenen Menschen mit einer psychischen Behinderung. Sämtliche interdepartementalen Bereinigungen konnten vollzogen werden (HBA, PKS, AFIN). Damit kann das strategische Ziel der künftigen Gleichbehandlung aller Institutionen im Behinderungsbereich und der Vermeidung von Rollenkonflikten verwirklicht werden. Der Umstand, dass der Entwicklungsprozess keine negativen Wirkungen auf betroffene Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige oder auf die Mitarbeitenden zeitigte, ist letztlich als Indikator für ein umsichtiges und sorgfältiges Projektmanagement zu würdigen. Die Übertragung der KBDS unter dem neuen Namen Wohnheim und Wärschstatt Wysssestei auf die Solodaris Stiftung tritt am 1. 7. 2008 in Kraft.

2. Beschluss

- 2.1 Der Übertragung der Kantonalen Behindertendienstes KBDS unter dem neuen Namen Wohnheim und Wärschstatt Wysssestei auf die Solodaris Stiftung wird zugestimmt.
- 2.2 Die Verselbständigung von Wohnheim und Wärschstatt Wysssestei tritt auf den 1.7. 2008 in Kraft.
- 2.3 Die Liegenschaften bleiben im Eigentum des Kantons. Für die Mietzinsberechnung und den Mietvertrag inklusive Kommunikationsverkabelung wird eine separate RRB-Vorlage unterbreitet.

- 2.4 Sämtliche Aktiven und Passiven des Wohnheims und der Beschäftigungsstätte werden zu Nominalwerten an die Stiftung übertragen. Massgebend sind die Bilanzwerte gemäss Halbjahresabschluss per 30.6.2008.
- 2.5 Die interdisziplinäre Steuergruppe wird unter Verdankung der geleisteten Arbeit auf den Zeitpunkt der vollständigen Bereinigung und Evaluation der Überführung per 31.12.2008 aufgelöst.
- 2.6 Das AFIN und das ASO werden ermächtigt, nach Vorlage der Schlussrechnung KBDS per 30. 6. 2008 die finanziellen Abgrenzungen vorzunehmen und nach dem definitiven Rückzug des BSV (Betriebsbeiträge), spätestens mit Inkrafttreten des NFA, das Staatskontokorrent aufzulösen. Die definitive Jahresrechnung 2007, die Halbjahresrechnung per 30.06.2008 und die Schlussabrechnung 2008 sind nach der Revision der Finanzkontrolle dem Regierungsrat zur Genehmigung zu unterbreiten.

2.7 Ein allfälliger Kredit von Fr. 500'000.— im Rahmen des Voranschlages 2008 (Kostenart Nr. 365000 – Auftrag 20358) für die Bereinigungen und Abgrenzungen ist bewilligt.

K. Konrad Schwaller

Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Verteiler

Aktuarial SOGEKO

Solodaris Stiftung; Versand durch ASO

Amt für soziale Sicherheit

Amt für Finanzen

Kantonale Finanzkontrolle

Hochbauamt

PKSO

Personalamt

Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht

Steuergruppe; Versand durch ASO